

## Schriftverkehr mit dem Büro der CSU- Kreisvorsitzenden Kelheim Petra Högl

Einen Überblick über die weiteren Einwände, Presseberichte und Anfragen/Antworten finden Sie unter ["Nachhaltigkeit und bürgerorientierte \(?\) Politik" – Fall Stocka](#) und in der ständig aktualisierten Zusammenfassung ["Chronik, Einwände und Pressespiegel Logistikpark Stocka"](#)

### Meine Antwort auf Mail des Büros von Frau Högl

Von: spritzendorfer@eggbi.eu

Betreff: Aw: Presse- Bitte um Stellungnahme für Publikation

Datum: 10. Mai 2024 um 08:21:42 MESZ

An: Abgeordnetenbüro Petra Högl <buer@petra-hoegl.de>

Kopie: info@bi-abensberg.de, bn.kelheim@t-online.de

Blindcopy an jene Familien, die sich an mich vor allem bezüglich gesundheitlicher Sorgen (Verkehr: Lärm, Schadstoffe...) gewandt haben...

Sehr geehrter Herr XXX,

Vielen Dank für Ihre Antwort, welche aber aus meiner Sicht keineswegs als Stellungnahme zu bewerten ist:

**Verwiesen wird - an Stelle einer klaren Aussage ob pro oder gegen das Projekt der Abgeordneten - auf das "hohe Gut der Planungshoheit(?) "**

- **Planungshoheit einer Gemeinde Rohr, die sich über gesetzliche Vorgaben hinwegsetzt?**

(Zitat Stadt Abensberg: "Jedenfalls verletzt die Planung des Marktes Rohr i. NB das interkommunale Abstimmungsgebot des [§2 Abs.2 BauGB](#) und zugleich das Gebot gerechter Abwägung.")

- **und einer Regierung von Niederbayern?**

die es verabsäumt, **trotz Zuständigkeit**

**(Ihr Zitat : Nach Rückfrage können wir Ihnen hier mitteilen, dass für die Einleitung eines Raumordnungsverfahrens die höheren Landesplanungsbehörden, sprich die Regierungen, zuständig sind. )**

in „politischen Vorausgehorsam“ (kommunizierte Zustimmung zum Projekt des Wirtschaftsministers; auch der Staatsregierung?) ein ordentliches Raumordnungsverfahren einzuleiten, sich dabei auf eine gesetzliche Ausnahmeregelungen für Logistikparks beruft, "sofern die **infrastrukturellen Voraussetzungen**" erfüllt sind – reduziert aber den Begriff Infrastruktur einzig auf einen vorhandenen "Autobahnabschluss".

Dieser Verzicht auf ein ordentliches Raumordnungsverfahren geschieht unter Missachtung bzw. ordentlicher Überprüfung aller weiteren infrastrukturellen Voraussetzungen wie öffentlicher Nahverkehr (für Pendler), jetzt bereits unzumutbare Verkehrsbelastungen der Region, Gesundheits- und Umweltschutz- vor allem aber auch einer fehlenden [sozialen Infrastruktur](#) betreffend Schulen, Kitas, Wohnraum und Arbeitskräftemangel für geplante 2 bis 3000 Mitarbeiter, die derzeit keineswegs aus dem Potential der Arbeitslosen im Landkreis abzudecken sind und somit auch den Arbeitskräftemangel - bei Zuzug aber auch den Wohnungsmarkt zusätzlich belasten werden.

**Als gewählte Vertreterin der Bürger müsste ein Mitglied des Landtages nach inzwischen eineinhalb Jahren öffentlicher Diskussion und über 100 Presseberichten, massiven Einsprüchen zahlreicher Kommunen und Verbänden in der Lage sein, ein öffentliches Statement (pro oder contra) zum Projekt - sowie bereits zahlreiche andere Kommunal-, Regional und Landespolitiker - abzugeben und nicht nur „Bedenken ernst zu nehmen“.**

### Meine aktuellen Publikationen zu

["Logistikpark Stocka - bürgerorientierte Politik?"](#)

Mit freundlichen Grüßen

Josef Spritzendorfer

**Mitglied im Deutschen Fachjournalistenverband DFJV**

Gastdozent zu Schadstofffragen im Bauwesen

Mitglied IGUMED

=====

**Von:** Abgeordnetenbüro Petra Högl <buero@petra-hoegl.de>

**Betreff:** WG: Presse- Bitte um Stellungnahme für Publikation

**Datum:** 8. Mai 2024 um 15:23:03 MESZ

**An:** "spritzendorfer@eggbi.eu" <spritzendorfer@eggbi.eu>

**Kopie:**

Sehr geehrter Herr Spritzendorfer,

vielen Dank für Ihre Anfrage an Frau Abgeordnete Petra Högl.

Nach Rücksprache darf ich Ihnen nachfolgende Antworten übermitteln. Sie finden diese in blau hinterlegt.

a) hat der Kreisverband der CSU zwischenzeitlich - nach vielfacher Berichterstattung zu den zahlreichen ernsthaften Einwänden, der massiven Kritik bezüglich Verkehr, Umwelt, Trinkwasserschutz, sozialer Infrastruktur und der Qualität der eingebrachten „Gutachten?“ - **eine offizielle Haltung zum Projekt**"

zu a) Frau Abgeordnete Högl stand mit ihrem Team mehrmals in intensiven Gesprächen mit den Verantwortlichen der Bürgerinitiative. Die dabei vorgetragenen Bedenken werden ernst genommen. Auch mit den kommunalpolitischen Verantwortungsträgern in der Region ist Frau Högl regelmäßig im Austausch. Zugleich ist die kommunale Planungshoheit ein hohes Gut, die es zu respektieren gilt.

b) wie bewerten Sie die Kritik der Nachbargemeinden und zahlreicher Verbände: trotz enormer Auswirkungen auf die gesamte Region wurde bisher kein Raumordnungsverfahren angeordnet?

c) wen sehen Sie konkret hier in der Handlungspflicht, ein solches Verfahren einzuleiten?

Zu b und c) Nach Rückfrage können wir Ihnen hier mitteilen, dass für die Einleitung eines Raumordnungsverfahrens die höheren Landesplanungsbehörden, sprich die Regierungen, zuständig sind. Weitere Informationen hierzu finden Sie auch unter <https://www.stmwi.bayern.de/landesentwicklung/instrumente/raumordnungsverfahren/>

Mit freundlichen Grüßen

XXX

Büroleitung

-----

**Bürgerbüro**

**Petra Högl, MdL**

Weinbergerstraße 2 - 93326 Abensberg

Telefon 09443-9920730

Telefax 09443-9920731

E-Mail [buero@petra-hoegl.de](mailto:buero@petra-hoegl.de) – Homepage: [www.petra-hoegl.de](http://www.petra-hoegl.de)



**Bayerischer  
Landtag**

Von: spritzendorfer@eggbi.eu

Betreff: **Presse- Bitte um Stellungnahme für Publikation**

Datum: 22. April 2024 um 09:44:49 MESZ

An: info@csu-keh.de

Kopie: info@bi-abensberg.de

Sehr geehrte Frau Högl,

Im Zusammenhang mit einer in Arbeit befindlichen Dokumentation zum Logistikpark Stocka (vorläufige Informationssammlung mit Auflistung von Einwänden und Presseberichten: <https://www.eggbi.eu/gesund-bauen-eggbi/umwelt-lokal-und-global/nachhaltigkeit-und-buergerorientierte-politik/> )

ersuche ich Sie als Kreisvorsitzende der CSU Kelheim um eine Stellungnahme zu folgenden Fragen:

- a) hat der Kreisverband der CSU zwischenzeitlich - nach vielfacher Berichterstattung zu den zahlreichen ernsthaften Einwänden, der massiven Kritik bezüglich Verkehr, Umwelt, Trinkwasserschutz, sozialer Infrastruktur und der Qualität der eingebrachten „Gutachten?“ - **eine offizielle Haltung zum Projekt**?
- b) wie bewerten Sie die Kritik der Nachbargemeinden und zahlreicher Verbände: trotz enormer Auswirkungen auf die gesamte Region wurde bisher kein Raumordnungsverfahren angeordnet?
- c) wen sehen Sie konkret hier in der Handlungspflicht, ein solches Verfahren einzuleiten?

Ich bedanke mich im Voraus herzlich für Ihre Antworten!

Mit freundlichen Grüßen

Josef Spritzendorfer

**Mitglied im Deutschen Fachjournalistenverband DFJV**

Gastdozent zu Schadstofffragen im Bauwesen

Mitglied IGUMED

*Ich weise darauf hin, dass Antworten und Mitteilungen von Behörden und anderen öffentlichen Institutionen ebenso wie „Aussagen von Herstellern, die Produktinformationen verweigern“, auch in den Publikationen zitiert werden. Um „Fehlinterpretationen“ zu vermeiden, ersuche ich daher stets ausdrücklich um schriftliche Stellungnahmen. Kommuniziert werden auch „Nichtantworten!“*

## **Europäische Gesellschaft für gesundes Bauen und Innenraumhygiene**

Ehrenamtlich betriebene Informationsplattform zur Förderung und Erforschung wohngesunder Innenräume

**Online-Redaktion und Geschäftsführung:**

**Josef Spritzendorfer**

Am Bahndamm 16

D 93326 **Abensberg**

[E] [spritzendorfer@eggbi.eu](mailto:spritzendorfer@eggbi.eu)

[T] +49 (0) 9443 700 169

[I] [www.eggbi.eu](http://www.eggbi.eu)

**Telefonzeiten kostenlose Beratungshotline:** <https://www.eggbi.eu/tabbed-sidebar/hotline/>

Besuchen Sie auch meine [Facebook](#)- Seite